



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Skandal um verkaufte NS-Raubkunst aufklären

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- mögliche Verstrickungen öffentlicher Institutionen wie der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und bayerischer Staatsministerien bei der unrechtmäßigen Weitergabe bzw. dem Einbehalt von sogenannter Raubkunst aufzuklären und dafür Sorge zu tragen, dass betroffene Kunstwerke den rechtmäßigen Besitzern übergeben werden können,
- alle Dokumente und Archivmaterialien, die zur Aufklärung beitragen können, öffentlich zugänglich zu machen,
- eine unabhängige Kommission zur Aufklärung dieser Tatbestände zu bestellen und ein Konzept zur Aufstockung der Personalstellen im Bereich der Provenienzforschung bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und der Landesstelle für die nicht-staatlichen Museen in Bayern vorzulegen, das zum Ziel hat, die Einrichtungen in die Lage zu versetzen, unverzüglich die Restitution von Kunstwerken ungeklärter Herkunft durchzuführen.

Begründung:

Nach aktuellen Presseberichten sollen die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen nach 1945 bis in die 1990er Jahre NS-Raubkunst, die jüdischen Sammlern während des Nationalsozialismus geraubt oder abgepresst wurden, zugunsten der öffentlichen Kassen verkauft haben. Nach Recherchen der Londoner NGO Commission for Looted Art in Europe soll eine Vielzahl von Kunstwerken in den Bestand der Museen eingegliedert worden sein, ohne, dass Nachforschungen zu den Vorbesitzern angestellt worden sind. Gemeinsam mit den zuständigen bayerischen Ministerien sollen zudem Werke an Familien ehemaliger NS-Größen verkauft worden sein.

Es gab auch schon bisher viele Anhaltspunkte, dass sich Werke der Raubkunst und der sogenannten Entarteten Kunst in öffentlichen Sammlungen befinden. Die jüngsten Recherchen bestätigen dies drastisch.

Dem Verdacht, dass staatliche Einrichtungen gemeinsam mit bayerischen Ministerien den Verkauf von Raubkunst organisiert haben sowie an der Verschleierung von Besitzverhältnissen von Kunstwerken beteiligt gewesen sein könnten, muss unverzüglich nachgegangen werden. Voraussetzung für eine Aufklärung ist, dass alle notwendigen Dokumente und Archive öffentlich gemacht werden. Die meisten Akten lagern bisher noch in den Museen unter Verschluss.

Nur eine unabhängige Kommission ist in der Lage, diese Vorgänge objektiv zu klären.

Bereits der Fall des Schwabinger Kunstfonds hatte gezeigt, dass bei der Klärung der Herkunft von Kunstobjekten erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die Provenienzforschung setzt sich mit der Herkunft von Kunstwerken auseinander. Sie prüft, ob aus heutiger Sicht unrechtmäßige Besitzwechsel stattgefunden haben. Die schwierige Erforschung der Herkunft von Kunstwerken wurde in den letzten 60 Jahren sträflich vernachlässigt. Es bedarf dringend einer Aufstockung des wissenschaftlichen Personals in diesem Bereich. Die zusätzlichen Experten und Expertinnen müssen aus den Fachbereichen der Kunstgeschichte, der Geschichte und des Archivwesens besetzt werden.